

Niederschrift
über die 6. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 07.05.2026

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:08 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Bernd Henrichsmeier Bezirksbürgermeister / RM

CDU

Herr Dr. Simon Lange Fraktionsvorsitz / RM
Frau Sabrina Mokulys
Frau Tanja Schuh
Herr Marlon Thenhaus RM
Herr Werner Thole

SPD

Herr Siyar Akay
Herr Bernd Bretthauer-Aue Fraktionsvorsitz
Frau Kerstin Pankoke
Herr Ingo Stucke Stellv. Bezirksbürgermeister

AfD

Herr Ricky Barylski Fraktionsvorsitz / RM
Herr Andreas Kaup
Herr Karsten Schwerdfeger

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Anette Kempa

Die Linke

Herr Ulrich Lücke

FDP

Herr Detlef Niemeyer

Beratende Mitglieder nach § 36 GO NRW

Herr Jan Maik Schliffer (FDP)
Herr Stefan Schraub (VOLT)

Gäste

Herr Matthias Minnich	Naturschutzwacht Stieghorst-Süd	zu TOP 3
Herr Michael Holler-Göller	Mitglied des Seniorenrats	zu TOP 4.1

Von der Verwaltung

Frau Nina Konteh	Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB)	zu TOP 6.1
Frau Jennifer Köster	Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB)	zu TOP 6.1
Herr Daniel Stober	Umweltamt	zu TOP 6.1
Herr Sergej Leitenberger	Bauamt	zu TOP 9, 17
Herr Peter Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Holger Bittner	Bezirksamt Heepen	
Herr Claude Michel Madelenat	Bezirksamt Heepen Schriftführung	

Nicht anwesend:

Herr Maximilian Plöger (CDU-Fraktion)

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier weist darauf hin, dass neben der Fragestunde in den Sitzungen der Bezirksvertretung die Möglichkeit besteht, Fragen über das Bezirksamt Heepen, bezirksamt.heepen@bielefeld.de, zu stellen.

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 1.1

Mündliche Einwohnerfragen

Eine Anwohnerin und ein Anwohner aus dem Bereich Wietkamp, Ubbedissen, weisen darauf hin, dass an einem Fußweg, der entlang ihres Grundstücks verlaufe, zwei Parkbänke in knappem Abstand von 30 Metern zueinanderstehen. Zudem gebe es im Nahbereich ebenfalls eine Bushaltestelle mit Sitzmöglichkeit. Eine der beiden Bänke stehe direkt an ihrem Grundstück. Diese Bank sei ohne Beschlussfassung der BV vor ca. drei Jahren dort aufgestellt worden. Die Bank sei für eine Altenwohngruppe vorgesehen gewesen, welche es nicht mehr gebe. Durch die Nutzung der Bank gebe es in ihrem Garten Vermüllung sowie Lärmbelästigung in der Nacht. Sie werde nun vermehrt durch lärmende Jugendliche und Menschen, die Cannabis konsumieren, genutzt. Es gebe in dem Bereich Kinder, Eltern und ältere Menschen, welche die Bank mit Unbehagen passieren. Die Anwohner wünschen, einen Antrag auf Rückbau der Bank zu stellen.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist darauf, dass eine Antragstellung im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner nicht möglich sei, die Frage der Anwohner nach möglichen Optimierungen in die Verwaltung mitgenommen werde.

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 1.1 *

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Schriftliche Einwohnerfragen

Zu Punkt 1.2.1 Schriftliche Einwohnerfragen zur Verkehrs- und Lärmbelästigung Stralsunder Str. 24

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt mit, dass noch keine Antwort der Verwaltung vorliege.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 1.2.1 *

-.-.-

Zu Punkt 1.2.2 Schriftliche Einwohnerinnenfrage zu Baumpflanzungen im Stadtbezirk

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt mit, dass noch keine Antwort der Verwaltung vorliege, die Fragestellungen in der Folge durch Bearbeitung von TOP 8.3 „Ersatz für Bäume an der Nesselstraße“ Berücksichtigung finden werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 1.2.2 *

-.-.-

Zu Punkt 1.3 Antwort auf eine Einwohnerinnenfrage zur Nesselstraße aus der Sitzung vom 26.03.2026

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung vom 01.04.2026.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 1.3 *

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 26.03.2026**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 26.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Naturschutzwacht - Vorstellung der Naturschutzwächter des Stadtbezirks**

Herr Matthias Minnich, Naturschutzwächter Stieghorst-Süd, stellt sich vor.

Die Bezirksvertretung dankt Herrn Minnich für die Vorstellung und wünscht ihm bei seiner Aufgabe weiterhin viel Erfolg.

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

Zu Punkt 4.1 **Teilnahme Seniorenratsmitglieder an BV-Sitzungen**

Herr Michael Holler-Göller, Mitglied des Seniorenrats, stellt die Tätigkeiten im Seniorenrat vor und erläutert, dass es im Kern darum gehe, die Interessen von älteren Bevölkerungsmitgliedern bei Unterfangen der Verwaltung sowie in den politischen Gremien anzubringen und zu unterstützen.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bedankt sich bei Herrn Holler-Göller und verweist darüber hinaus auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Wismarer Straße - Detmolder Straße - Neuregelung Rechtsab-
bieger stadteinwärts**

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System ein-
gestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Kindergärten mit waldpädagogischem Konzept

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System ein-
gestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

Zu Punkt 4.4 Mitteilung zum Jubiläum 875 Jahre Ubbedissen

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier weist darauf hin, dass am 30.
und 31. Mai dieses Jahres die Feierlichkeiten zum 875-jährigen Jubiläum
des Stadtteils Ubbedissen stattfinden, welche von der Bezirksvertretung
unterstützt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1

Spielflächen der BlmA in der Amundsenstraße und Sven-He-din-Straße (Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1223/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt bzgl. der gemeinsamen Anfrage der CDU-Fraktion, der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters der Partei FDP mit, dass noch keine Antwort vorliege.

- vertagt -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Sperre des Fußpatts in Sieker - Duldung durch das Umweltamt (Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1251/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist bzgl. der Anfrage der SPD-Fraktion auf die bereits im System eingestellte Antwort.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Wiedereinrichtung der Raute 11 im ursprünglichen Verlauf / Westfalenblatt vom 28. April (Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1252/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt bzgl. der Anfrage der SPD-Fraktion mit, dass noch keine Antwort vorliege.

- vertagt -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Beschilderung der Bachläufe in Stieghorst entlang der Fahrradstraße zwischen Otto- Brenner-Straße und Stieghorster Straße (Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1253/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt bzgl. der Anfrage der SPD-Fraktion mit, dass noch keine Antwort vorliege.

- vertagt -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6 Behandlung von unerledigten Punkten der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 6.1 Spielplatz Lipper Hellweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0831/2025-2030/1

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erläutert, dass es in der zurückliegenden Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst die 1. Lesung gegeben habe sowie in der Folge einen Ortstermin.

Er begrüßt Frau Köster (UWB), Frau Konteh (UWB) sowie Herrn Stober (Umweltamt), die zu diesem Tagesordnungspunkt vortragen werden.

Frau Konteh wiederholt einleitend, dass es nach 1. Lesung einen Ortstermin am Standort des zukünftigen Spielplatzes gegeben habe, an dessen Ende aus den Reihen der Bezirksvertretung in Anbetracht der Kosten der Wunsch nach einer niederschweligen Lösung geäußert wurde.

Daher sei nun eine Nachtragsvorlage erstellt worden inklusive eines Anhangs, der die Spielgeräte zeigt, die eingesetzt werden sollen. Die Rasenfläche werde belassen und zwei Bäume werden als Ersatz für einen bereits gefällten Baum neu gesetzt. Zudem seien zwei Bänke und ein Mülleimer geplant.

Herr Bretthauer-Aue (Vorsitzender SPD-Fraktion) fragt, auf welcher Grundlage die inhaltliche Würdigung des Umfelds des geplanten Spielplatzes in der Nachtragsvorlage als mit Spielflächen unterversorgt erfolgt

sei, vor allem mit dem Bezug auf den Wegfall von Spielflächen an der Osningschule.

Herr Stober stellt dar, dass die Untersuchungsräume sowie Kriterien zur Einstufung vom Umweltamt definiert werden. Der hier betroffene Untersuchungsraum ende westlich knapp hinter der Osningschule, nördlich am Lipper Hellweg. Berücksichtigt werden unter anderem Bevölkerungsstrukturen sowie topografische Grenzen. Dadurch, dass die Möglichkeit der Nutzung der Spielflächen an der Osningschule nach den Schulzeiten nicht mehr bestehe, sei das Gebiet nicht gut versorgt.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier benennt weitere Spielplätze im Umfeld am Lonnerbach, der Bodelschwinghstraße, der Marie-Curie-Straße und dem Jagdweg, die eine niederschwellige Lösung am benannten Standort vertretbar machen.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) bekräftigt, dass es eine gute Entscheidung gewesen sei, einen Ortstermin zu veranstalten, speziell vor dem Hintergrund der Kosten für den Erstentwurf in Höhe von über 350.000 EUR. Die Bezirksvertretung sei vor Ort über die Höhe der Investitionen für eine verhältnismäßig kleine Fläche irritiert gewesen und habe um entsprechende Optimierungen zur Einsparung von Kosten gebeten.

Er bittet um eine Aufgliederung, wie sich die nun im Raum stehenden rund 70.000 EUR zusammensetzen, die die optimierte Planung vorsieht. Herr Dr. Lange fragt, ob es weitere Optimierungspotenziale, vor allem vor dem Hintergrund eines naturnahen Spielplatzes gebe, wie bspw. einen umgelegten Baumkörper als Spielgerät. Auch die Notwendigkeit der zwei geplanten Bänke hinterfragt er vor dem Hintergrund der Kosten, wobei er durchaus nachvollziehen könne, dass beispielsweise für Eltern Sitzmöglichkeiten zu schaffen seien.

Frau Konteh antwortet, dass bereits Kosten für Bodengutachten angefallen seien, Kosten für die Spielgeräte und deren Aufbau anfallen, Baumpflanzungs- sowie Wiederherstellungskosten für den Untergrund nach dem Befahren mit schwerem Gerät entstehen. Diese Kosten belaufen sich neben weiteren auf ca. 62.000 EUR. Hinzu kommen 7.000 EUR Bauverwaltungskosten, welche der UWB dem ISB in Rechnung stelle. Somit komme man auf die in der Vorlage ausgewiesenen 69.000 EUR.

Sie erläutert, dass in der Planung wartungsarme Metallspielgeräte vorgesehen sind, um dem Wunsch der Bezirksvertretung Stieghorst nach Kostenoptimierung entsprechen zu können. Ein umgelegter Baumstamm sei bspw. aufgrund von Sicherheitsbestimmungen nicht einsetzbar, da dieser witterungsabhängig und unkontrollierbar rutschig werden könne. Die Bänke könne man grundsätzlich entfallen lassen, sie seien allerdings bei Planungen für Spielplätze und anderen öffentlichen Anlagen ein grundsätzlicher Planungsbestandteil.

Frau Pankoke (SPD-Fraktion) erklärt, dass sie sich den Spielplatz bei diesen Rahmenbedingungen nicht als sehr spannend und zum Verweilen einladend vorstellen könne.

Frau Konteh antwortet, dass eine höherwertige Ausstattung des Spielplatzes, bspw. auch mit Einbringung von Sand, wartungsintensiver werde

und eine Zufahrt mit Fahrzeugen für die Wartung und Pflege voraussetze. Die Schaffung einer geeigneten Zuwegung für Fahrzeuge werde, wie in der Sitzung vom 26.03.2026 und beim Ortstermin erläutert, die Kosten immens in die Höhe treiben. Daher habe man, dem Wunsch der Bezirksvertretung Stieghorst entsprechend, die vorgestellte, niederschwellige Variante erarbeitet.

Herr Stober bestätigt, dass der geplante Spielplatz zwar den grundsätzlichen Nutzen erfülle, aber aus Sicht des Umweltamtes eine umfassendere Variante zu höheren Kosten befürwortet worden sei.

Herr Thenhaus (CDU-Fraktion) fragt, wie die Untersuchungsräume für die Betrachtung der Spielflächenversorgung genau bestimmt werden, da diese im Onlinekartendienst sichtlich unterschiedlich dimensioniert seien. Der betroffene Untersuchungsraum sei verhältnismäßig klein und andere Untersuchungsräume seien auf online dargestellter Datenbasis weitaus schlechter versorgt.

Herr Stober erklärt, dass die Daten im Onlinekartendienst noch nicht aktualisiert seien und deshalb die Herausnahme der Spielfläche an der Osningschule noch nicht berücksichtigt sei.

Er ergänzt seine zuvor gemachten Aussagen zu den Kriterien für die Untersuchungsräume um den Hinweis, dass Spielflächen unterschiedlich bewertet werden. So habe ein Bolzplatz einen anderen Einzugsradius als ein Spielplatz. Aufgrund der städtisch unterschiedlichen Strukturen wie Einwohnerdaten etc. können sich Untersuchungsräume in Ihren Ausmaßen nicht gleichen.

Herr Bretthauer-Aue fragt, inwieweit man den Spielplatz bspw. mit einem Kinderwagen erreichen könne.

Frau Konteh erklärt, dass aufgrund der besonderen Geländetopografie ein Zugang mit dem Kinderwagen zum Spielplatz eine Herausforderung darstelle. Sie wiederholt, dass eine entsprechende Zuwegung allerdings, wie im Ortstermin erörtert, mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden sei.

Herr Lücke fragt nach, ob bei der Größe der betrachteten Fläche nicht mehr Spielgeräte und zumindest in Teilen eine Inklusion möglich sei.

Herr Stober antwortet, dass man dann sehr schnell wieder bei dem Ursprungsentwurf sei, der aus Kostengründen zurückgestellt wurde. Auf das Thema Inklusion könne man niederschwellig kaum eingehen, da es in der Regel eine umfassende Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse behinderter Menschen bedeute. So könne man beispielsweise keine Rasenfläche mit Stolperfallen belassen, wenn seh- oder gehbehinderte Menschen sich dort sicher bewegen können sollen.

Herr Dr. Lange drückt seine Zustimmung für die neue Planung aus und sagt, dass die Wünsche der Bezirksvertretung Stieghorst aus dem Ortstermin berücksichtigt worden seien. Er fragt nach, mit welchem Betrag die Baumpflanzungen zu beziffern sind und, ob die Bezirksvertretung Stieghorst durch eine Baumpflanzaktion hier nicht noch Kosten einsparen könne.

Frau Konteh beziffert die Kosten für die Pflanzungen inklusive Pflege, damit die Bäume gut anwachsen mit rund 5.000 EUR.

Frau Pankoke resümiert, dass in Ihrem Verständnis die aktuelle niederschwellige Planung vor allem aus Kostengründen vorgenommen wurde, was ihr von den Verwaltungsvertretern bestätigt wird.

Frau Konteh bittet um einen Beschluss, da das Zeitfenster für die Realisierung enger werde. Hintergrund sind vertragliche Verpflichtungen, welche sich aus dem Kaufvertrag mit der BIMA ergeben.

Herr Dr. Lange macht den Vorschlag, der Nachtragsvorlage zu folgen mit dem Zusatz, dass geprüft werde, ob die Bezirksvertretung Stieghorst die Bäume in Eigenregie pflanzen könne sowie lediglich eine Bank für den Spielplatz vorgesehen werde.

Herr Lücke (Die Linke) erklärt, dass er, aufgrund der potenziell hohen Kosten bei Vertragsverstoß, mit Bedenken dem Vorschlag von Herrn Dr. Lange folgen werde.

Herr Niemeyer (FDP) benennt die Erstellungskosten in Höhe von rund 350.000 EUR für den Spielplatz aus der Ursprungsvorlage als aus seiner Sicht nicht so problematisch. Er betrachte eher die Folgekosten, die in der Ursprungsvorlage mit 49.500 EUR pro Jahr beziffert gewesen seien. Die Verwaltung habe hier gut gearbeitet, so dass in der Nachtragsvorlage nun nur noch 14.400 EUR Folgekosten pro Jahr ausgewiesen werden.

Herr Schlifter (FDP) erläutert, dass die Bezirksvertretung Stieghorst der Beschlussvorlage zur Eingliederung aller städtischen Schulen in ein einheitliches Öffnungskonzept für die Spielflächen im Jahre 2023 nicht zugestimmt habe und somit für den Stadtbezirk Stieghorst die bis dahin geltenden Öffnungsmodalitäten auch weiterhin Bestand haben. Somit sei die Bezirksvertretung Stieghorst nicht für eine Bedarfsunterdeckung durch Wegfall von Spielflächen an der Osningschule in die Verantwortung zu nehmen.

Herr Kaup (AfD) erklärt, dass seine Fraktion der Nachtragsvorlage durch Zustimmung folgen werde.

Auch Herr Bretthauer-Aue erklärt sich mit Bedenken zur Zustimmung bereit.

Abweichend vom Beschlussvorschlag ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst stimmt dem angepassten Entwurf des öffentlichen Spielplatzes Lipper Hellweg unter der Berücksichtigung der Installation von lediglich einer Bank und der Prüfung durch die Verwaltung, ob die Bezirksvertretung Stieghorst die Baumpflanzungen eigenständig übernehmen könne, zu.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Reinigung der Fußballplätze im Stadtbezirk (Anfrage des Einzelvertreters der Partei Die Linke vom 16.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0965/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist bzgl. der Anfrage des Einzelvertreters der Partei Die Linke auf die bereits im System eingestellte Antwort.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Stadtbezirk (Anfrage des Einzelvertreters der Partei Die Linke vom 16.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0967/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist bzgl. der Anfrage des Einzelvertreters der Partei Die Linke auf die bereits im System eingestellte Antwort.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 6.3 *

-.-.-

Zu Punkt 6.4 Basketball-Spielfeld am Gemeinschaftshaus Lämershagen (Anfrage des Einzelvertreters der Partei Die Linke vom 16.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0968/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist bzgl. der Anfrage des Einzelvertreters der Partei Die Linke auf die bereits im System eingestellte Antwort.

Herr Lücke (Die Linke) stellt dar, dass es nun nachvollziehbarer geworden ist, warum der UWB die Kennzeichnung am Basketballkorb vor dem Gemeinschaftshaus Lämershagen nicht wunschgemäß realisieren konnte.

Herr Thole (CDU-Fraktion) ergänzt, dass man sich im Zusammenhang mit der Markierung innerhalb der Bezirksvertretung Stieghorst bewusst dafür entschieden habe, selbige eigenständig anzubringen, wodurch man erhebliche Kosten gespart habe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 6.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6.5

Geh- und Radweg Lämershagener Straße (Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 17.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0675/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist bzgl. der gemeinsamen Anfrage der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP auf die bereits im System eingestellte Antwort.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 6.5 *

-.-.-

Zu Punkt 6.6

Geh- und Radweg Schneidemühler Straße - Bielitzer Straße (Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 17.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0676/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist bzgl. der gemeinsamen Anfrage der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP auf die bereits im System eingestellte Antwort.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) äußert, dass man auf diese Antwort schon etwas länger warte, erklärt sich aber erfreut über das Ergebnis.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 6.6 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Anträge

Zu Punkt 7.1

Lärmschutz Gräfinhagen und Am Bollholz - südlich der Lageschen Straße (Antrag des Einzelvertreters der Partei Die Linke vom 16.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0969/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den im System eingestellten Antrag des Einzelvertreters der Partei Die Linke.

Herr Lücke (Die Linke) führt aus, dass die Lage allen bekannt sei und die Planung mehrfach vorgestellt wurde und nun der Abschluss der Baumaßnahmen an der B66n im Bereich Gräfinhagen und Am Bollholz bevorstehe. Obwohl bereits Lärmschutzbauten vorhanden seien, gebe es Beschwerden von Anwohnern bezüglich übermäßiger Lärmbelästigung durch den Verkehr auf der B66n. Er bittet die Gremienmitglieder, seinem Antrag zuzustimmen, um durch Berichte der Verwaltung zu erfahren, ob weitere Maßnahmen geplant seien sowie bereits Messungen vorgenommen wurden oder anhand statistischer Zahlen hochgerechnet wurde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, in der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst darzustellen, wie und unter welchen Annahmen Straßen.NRW einen geeigneten Lärmschutz im erweiterten Kreuzungsbereich Lagesche-, Detmolder Straße, Westring nach Fertigstellung in Bezug auf den Schutz der Bewohner Gräfinhagens und des südlichen Teils der Straße Am Bollholz, über die bestehenden Lärmschutzwände und Erdwälle hinaus, sicherstellen will.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 7.1 *

-.-.-

Zu Punkt 7.2

Mehr Demokratie durch mehr Stimmen (Antrag der AfD-Fraktion vom 27.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1192/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den im System eingestellten Antrag der AfD-Fraktion.

Herr Barylski (Vorsitzender AfD-Fraktion) erklärt, dass es die AfD-Fraktion angebracht finde, jedes Gremienmitglied mit einem Mikrofon auszustatten, damit man für einen Wortbeitrag keine Mikrofone weiterreichen müsse.

Herr Skarabis (Bezirksamt Heepen) stellt dar, dass die Bezirksvertretung ursprünglich ohne Mikrofone getagt habe. Zur Optimierung der Wahrnehmung von Wortbeiträgen habe man zuerst mit Unterstützung der Friedrich-Wilhelm-Murnau Gesamtschule zwei drahtlose Mikrofone für den Bezirksbürgermeister und die Verwaltung sowie 3 kabelgebundene Mikrofone zum Einsatz gebracht. Da die Schule die technische Unterstützung nicht dauerhaft gewährleisten konnte, seien für die Bezirksvertretung Stieghorst und die Bezirksvertretung Heepen 2020 insgesamt 20 Tischmikrofone und acht kabellose Mikrofone angeschafft worden. Zu diesen Mikrofonen gehöre eine umfangreiche Technikperipherie, um jedes Mikrofon kanalgebunden betreiben zu können. Die Bestandteile der technischen Peripherie seien bis Ende 2025 zu den Sitzungen in Heepen und Stieghorst an- und abgefahren sowie auf- und abgebaut worden.

Herr Bittner (Bezirksamt Heepen) führt ergänzend aus, dass mit Blick auf Arbeitsschutzmaßnahmen sowie logistische Kapazitäten eine Kompromisslösung gefunden werden musste, bei der jedes Gremienmitglied die Möglichkeit zur Nutzung eines Mikrofons hat, die Verwaltung organisatorisch, logistisch sowie in der Kostenbetrachtung weniger Belastung erfahre. Diese Lösung habe dazu geführt, dass am Sitzungsort für den Bezirksbürgermeister, die Verwaltung, die Fraktionsvorsitzenden sowie Einzelvertreterinnen und -vertreter Tischmikrofone sowie für die weiteren Gremienmitglieder, Bürgerinnen und Bürger frei bewegliche Handmikrofone vorgehalten werden. So werde für jeden Wortbeitrag die Verfügbarkeit eines Mikrofons gewährleistet.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) erinnert daran, dass eine technische Ausstattung grundsätzlich mit hohen Investitionskosten, in diesem Fall im hohen vierstelligen Eurobereich, verbunden sei und, dass momentan alle Gremienmitglieder die Möglichkeit der Nutzung eines Mikrofons haben sowie Bürgerinnen und Bürger ebenfalls über Handmikrofone zu Wort kommen. Herr Dr. Lange schlägt vor, dass Verfahren, welches von der Verwaltung aktuell eingesetzt und befürwortet werde, zur Beschlussgrundlage zu machen und entsprechend zuzustimmen.

Herr Bretthauer-Aue (Vorsitzender SPD-Fraktion) berichtet, die SPD-Fraktion sei sich einig, dass es keinerlei Beeinträchtigung bei Wortbeiträgen gebe und das Verfahren mit Tischmikrofonen ergänzt durch Handmikrofone für die Gremienmitglieder ausreichend funktioniere.

Herr Schraub (VOLT) bringt ein, dass er sich auch als beratendes Ratsmitglied in keiner Form bei Wortbeiträgen zurückgesetzt sehe. Ihm stehe ein Handmikrofon zur Verfügung und selbst wenn er kein Mikrofon habe,

sehe er sich in der Lage laut genug zu sprechen, dass seine Stimme in der räumlichen Umgebung im Gremium und der Einwohnerschaft Gehör finde. Er schlägt vor, über ein Raummikrofon nachzudenken, um Wortbeiträge, gäbe es eine fehlende Verfügbarkeit von Mikrofonen, erfassen zu können.

Herr Kaup (AfD-Fraktion) fragt nach, ob eine Ausstattung aller Gremienmitglieder mit Tischmikrofonen weitere zu transportierende Peripheriegeräte bedeute.

Herr Skarabis antwortet, dass für weitere Tischmikrofone entsprechende Peripheriegeräte u.a. zur Herstellung der störungsfreien Funkverbindungen im Gesamtsystem beschafft und transportiert werden müssen. Die Verwaltung gehe von zusätzlichen Investitionskosten im mittleren vierstelligen Bereich aus.

Nach Beratung innerhalb seiner Fraktion zieht Herr Kaup stellvertretend für die AfD-Fraktion in Anbetracht der Aufwands- und Kostenbelastung durch zusätzliche Tischmikrofone den Antrag zurück.

- Der Antragsteller zieht den Antrag zurück -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 7.2 *

-.--

Zu Punkt 7.3

Informationen an Glas- und Altkleidercontainern (Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1224/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den im System eingestellten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) begründet den Antrag mit der Situation rund um Glas- und Altkleidercontainer. Bekanntermaßen sammle sich regelmäßig um die Container herum Material, welches mangels Kapazitäten nicht mehr in die Container passe, sowie weiterer Müll. Daher wünsche man sich mit diesem Antrag die Anbringung von Informationen an den Containern wie beispielsweise zum Mängelmelder, über den man die Kapazitätsausschöpfung sowie Vermüllungen melden könne, oder zu Standorten weiterer Container. Diese Informationen seien mehrsprachig zu formulieren, um möglichst große Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Frau Kempa (Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt die Ausführungen von Herrn Dr. Lange und wünscht sich, dass die Informationen ansprechend

für alle Bevölkerungsgruppen gestaltet werden, für junge und alte Menschen, mit modernen Möglichkeiten wie bspw. scannbaren QR-Codes und anderen innovativen Möglichkeiten.

Herr Bretthauer-Aue (Vorsitzender SPD-Fraktion) erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag ausdrücklich begrüße und hoffe, dass die Herausforderungen in diesem Sachzusammenhang dadurch etwas geringer werden.

Herr Kaup (AfD-Fraktion) teilt mit, dass die AfD-Fraktion den Antrag auf weitergehende Informationen an den Containern unterstütze, ihm aber nur zustimme, wenn er eine Einsprachigkeit vorsehe, da eine Mehrsprachigkeit das Erfordernis, Deutsch zu lernen, untergrabe sowie die Integration von Zugewanderten erschwere, die Deutschland für den Arbeitsmarkt benötige. Hier sei mehr von den zugewanderten Menschen zu fordern.

Herr Dr. Lange weist darauf hin, dass für den Stadtbezirk im Rahmen der Teilhabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner eine internationale Ausrichtung über Mehrsprachigkeit sinnvoll sei. Unter anderem gebe es internationale Studierende, die im Stadtbezirk leben und ebenfalls Altglas- und Altpapier entsorgen. Auch diese wolle man neben weiteren Einwohnerinnen und Einwohnern mit internationalem Hintergrund erreichen.

Frau Kempa bringt zum Ausdruck, dass Bielefeld eine offene Stadt und Stieghorst ein lebendiger und vielfältiger Stadtbezirk sei. Es sei eine Art von Willkommenskultur, Menschen in einer für sie verständlichen Sprache anzusprechen.

Herr Kaup erklärt, dass ergänzend zu Deutsch als Sprache Englisch ein ausreichendes Entgegenkommen sei und sich die AfD-Fraktion die Willkommenskultur deutsch vorstelle.

Herr Bretthauer-Aue bringt an, dass sich jeglicher Kommentar zu den Aussagen der AfD-Fraktion erübrige.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet den BUWB, den Umweltbetrieb zu beauftragen, gemeinsam mit den zuständigen Partnern (z. B. Entsorgungsunternehmen und Aufstellern von Altkleidercontainern) ein einheitliches Informationskonzept für Glas- und Altkleidercontainer zu erarbeiten und umzusetzen.

Dieses soll insbesondere die Anbringung gut sichtbarer Aufkleber an den Containern umfassen, die folgende u.a. folgende Inhalte beinhalten:

- Kurze und verständliche Hinweise zur ordnungsgemäßen Nutzung der Container
- Informationen zu Einwurfzeiten sowie zum Verbot der Ablagerung von Müll neben den Containern
- Mehrsprachige Hinweise (z. B. Deutsch, Englisch und weitere relevante Sprachen im Quartier)
- Informationen zum städtischen Mängelmelder (inkl. Hinweis zur Meldung von Verschmutzungen oder überfüllten Containern)

nen)

- Ein QR-Code, der auf eine städtische Internetseite mit weiteren Containerstandorten sowie ergänzenden Informationen verweist

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Stimmen dafür: 13

Stimmen dagegen: 3

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 7.3 *

-.-.-

Zu Punkt 7.4

Beschilderung 1,5m Abstand zu Radfahrenden in Hillegossen und Ubbedissen (Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1225/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den im System eingestellten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP.

Frau Kempa (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag in der Form, dass es an der Detmolder Straße / B66 Hinweisschilder der Stadt Bielefeld mit einem Hinweis auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand von 1,50 Metern für Überholvorgänge von Kraftfahrzeugführenden zu Radfahrenden gebe. Diese stelle sie sich ebenfalls für entlang der Detmolder Straße im Bereich Ubbedissen und Hillegossen vor, vor allem auch im Bereich der beiden Grundschulen. Da es sich bei Verkehrsbeschilderung durchaus um eine beachtliche Kostenposition handeln könne, erwähnt sie eine Alternative in Form von Plakaten, die die Stadt Bielefeld an der Wertherstraße entsprechend einsetze.

Herr Lücke (Die Linke) begrüßt den Antrag und weist darauf hin, dass es um die Detmolder Straße im benannten Bereich gehe, was aus dem Antrag nicht ersichtlich sei. Dieses sei im Beschluss zu ergänzen.

Abweichend vom Beschlussvorschlag ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Hillegossen und Ubbedissen an der Detmolder Straße die Informationstafeln „1,5 Meter Abstand zu Radfahrenden“ angebracht werden können.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -

Stimmen dafür: 13
Stimmen dagegen: 3

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 7.4 *

-.--

Zu Punkt 7.5

Geschwindigkeitskontrollen in der Ubbedisser Straße und Selhausen Straße (Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1226/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den im System eingestellten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) führt aus, dass dieser Antrag für Straßen gestellt werde, auf denen es Bereiche gebe, in denen als zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h vorgegeben sei. Diese zulässige Höchstgeschwindigkeit sei aufgrund der dort vorherrschenden Verkehrssituation, v.a. zu Schutz der kleineren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer einzuhalten. Allgemein nehme man in diesen Bereichen allerdings wahr, dass es Verstöße gegen die maximal zulässige Geschwindigkeit gebe. Daher bitte er um Zustimmung zu diesem Antrag, damit die Verkehrsbehörden entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen Ordnungsbehörden in der Ubbedisser Straße sowie in der Selhausenstraße regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Ziel ist es, die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit (Tempo 30) zu überwachen und die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer nachhaltig zu erhöhen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Stimmen dafür: 13
Stimmen dagegen: 3

-.-.-

Zu Punkt 7.6

Ordnungsbehördliche Verordnung "Herderstraße" (Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1230/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den im System eingestellten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters der Partei FDP.

Frau Kempa (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass es für den besonders schützenswerten Baumbestand in der Herderstraße eine ordnungsbehördliche Verordnung gebe, die auch nach Wegfall der allgemeinen Baumschutzsatzung in Bielefeld weiterhin Bestand habe. Dieser Antrag diene der Information der Anwohnerinnen und Anwohner über den Sachstand, sofern er selbigen nicht geläufig sei.

Herr Schlifter (FDP) weist darauf hin, dass entsprechend festgelegt wurde, für die Belange der Anwohner und Anwohnerinnen der Herderstraße in diesem Zusammenhang einen Ansprechpartner bei der Stadt Bielefeld bereit zu halten. Dieses funktioniere allerdings mangels Erreichbarkeit des Ansprechpartners oder Unkenntnis über seine Person nicht wie gewünscht.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erklärt, er verstehe den Antrag so, dass es bei der Stadt Bielefeld weiterhin einen Ansprechpartner für die Anwohnerinnen und Anwohner der Herderstraße geben solle.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, falls noch nicht erfolgt, die betreffenden Anwohnerinnen und Anwohner über die Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Bielefeld zur Ausweisung eines geschützten Landschaftsbestandteiles „Herderstraße“ über den aktuellen Sachstand zu informieren und zuständige Ansprechpartner in der Verwaltung mitzuteilen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 Anregungen gem. § 24 GO NRW

Zu Punkt 8.1 Anhaltende Lärm- und Verkehrsbelastung - Stralsunder Str. 24

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1220/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte erneute Anregung nach § 24 GO NRW bzgl. anhaltender Lärm- und Verkehrsbelastung im Bereich der Stralsunder Str. 24 und stellt fest, dass der Verfasser der Anregung nicht anwesend ist.

Herr Skarabis (Bezirksamt Heepen) stellt nochmal heraus, dass es sich in Teilen um eine wiederholte Anregung nach § 24 GO NRW handle, die in Bezug auf die Lärmmessung per Antwort vom Amt für Verkehr in der Sitzung vom 29.01.2026 eindeutig beantwortet worden sei. Das Amt für Verkehr erklärte in der Antwort, warum es keine qualifizierte Lärmmessung vornehme, sondern eine Berechnung der Werte erfolge.

Anders sei dieses in Bezug auf die belastbare Verkehrszählung, die als neuer Antrag nach § 24 GO NRW zu werten sei.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) schlägt vor, dass man dem Verfasser der Anregung die Antwort des Amtes für Verkehr bezüglich der Lärmmessung erneut zur Verfügung stelle und den Sachverhalt bzgl. der belastbaren Verkehrszählung zur Beantwortung ins Amt für Verkehr gebe.

Herr Bretthauer-Aue (Vorsitzender SPD-Fraktion) sieht in der Anregung die Motivation des Verfassers, den Radweg und die Radquerung vor seiner Haustür nicht akzeptieren zu wollen. Er äußert seine Bereitschaft einen aus der Anregung resultierenden Antrag anzulehnen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Verfasser der Anregung nach § 24 GO NRW erneut die Antwort des Amtes für Verkehr bezüglich der Lärmmessung im Bereich der Stralsunder Str. 24 zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Durchführung einer belastbaren Verkehrszählung in dem Bereich zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 8.1 *

Zu Punkt 8.2

Verkleinerung von Verkehrsinseln/Pflanzinseln zugunsten zusätzlicher Parkraums - An den Gehren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1221/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Anregung nach § 24 GO NRW bzgl. der Verkleinerung von Verkehrsinseln/Pflanzinseln zugunsten zusätzlicher Parkraums - An den Gehren und begrüßt Vertreterinnen der Bürgerinitiative Alter Dreisch e. V., welche die Anregung eingebracht hat.

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative weist darauf hin, dass die Parksituation An den Gehren sehr schlecht sei. Sie habe sich durch hinzugekommene Parkverbote sowie das Abstellen von Gewerbefahrzeugen weiter zugespitzt.

Man habe akzeptiere, dass die Verkehrsinseln bzw. Pflanzbeete, welche die Parkmöglichkeiten einschränken, nicht entfernt werden. Dennoch habe sich die Initiative mit Alternativen beschäftigt und wünsche, dass man die Pflanzbeete um ca. 50 cm verkleinere, was den Anwohnerinnen und Anwohnern helfe. Im Raum Paderborn gebe es bspw. Baumpflanzungen im Straßenverkehr, die ohne Pflanzbeet im gepflasterten Bereich stehen. Zudem stellen auswachsende Wurzeln der Bäume bereits Gefahren für die Verkehrssicherheit v.a. für Fußgänger dar, was in diesem Zusammenhang ebenfalls zu prüfen sei. Die Bürgerinitiative bitte um eine erneute Prüfung von Möglichkeiten zur Optimierung der Parksituation An den Gehren.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) bestätigt die angespannte Parksituation in dem Bereich und drückt aus, dass die Bezirksvertretung sich bereits in der Vergangenheit intensiv mit der Thematik befasst habe. Da es regelmäßig Entwicklungen im Bereich möglicher Optionen zur Erhaltung der Flora, speziell der Baumbestände, im Umfeld der Verkehrswege gebe, hält er es für richtig erneut einen Prüfantrag an die Verwaltung zu stellen, damit diese sich mit potenziell neuen, innovativen Ansätzen zur Lösung dieser Herausforderung befasse.

Herr Barylski (Vorsitzender AfD-Fraktion) erklärt, dass er die Situation vor Ort sehr gut kenne. Er befürwortet einen Prüfantrag und stellt dar, dass eine Verkleinerung der Pflanzbeete seiner Ansicht nach ebenfalls vorteilhaft für Rettungskräfte sei. Das Parken von Gewerbefahrzeugen könne man im öffentlichen Verkehrsraum nicht untersagen.

Herr Skarabis (Bezirksamt Heepen) ergänzt, dass es bereits eine Antwort auf eine gleichgelagerte Einwohnerfrage aus dem letzten Jahr gegeben habe, in der eine Verkleinerung der Pflanzbeete ausgeschlossen worden sei. Diesbezüglich verweist er auf die im System eingestellte Anlage zu dieser Anregung nach § 24 GO NRW.

Herr Dr. Lange hebt noch einmal hervor, dass der Fokus im Rahmen dieser Anregung auf innovative, neue Lösungsmöglichkeiten gelegt werden solle.

Herr Schraub (VOLT) verweist auf die Vorgaben im Bereich des Rochdale Parks, welche 0,5 Stellplätze pro Wohneinheit berücksichtigen. Dieses sei die Ausrichtung der Stadt Bielefeld für die Zukunft. Für ihn sei wichtig, ob in diesem Fall auch eine Berechnung durchgeführt wurde, wie viele Parkplätze pro Wohneinheit im Bereich An den Gehren aktuell zur Verfügung stehen. Auch stelle sich ihm die Frage, ob die Vermieter auf den Privatgrundstücken zusätzliche Parkflächen schaffen können. Es gebe bei beispielsweise Neubauten Auflagen, wie viel Parkraum auf dem Grundstück einzuplanen sei. Die Herausforderung der parkenden Gewerbefahrzeuge sehe er an vielen Stellen in der Stadt. Er finde es positiv, dass die Bürgerinitiative diesbezüglich direkt die Gespräche mit den Gewerbetreibenden suche.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier berichtet, dass sich der Bereich An den Gehren zuletzt in einem starken Wandel befunden habe. Zum einen sei die Ausweisung als Spielstraße aufgehoben worden und zum anderen habe es sehr viele Eigentümerwechsel gegeben. Gemäß Vorschlag, den Herr Dr. Lange unterbreite, gehe es nicht um Kennzahlen zur Ermittlung geeigneter Flächenverteilung, sondern um innovative Lösungen zur Optimierung der Parkraumsituation.

Herr Bretthauer-Aue fragt nach, was Herr Dr. Lange mit innovativ meine.

Herr Dr. Lange antwortet, er nehme Bezug auf die sich weiterentwickelnde Forschung sowie Erkenntnisse aus Anwendungen und Planungen bei ähnlich gelagerten Herausforderungen.

Herr Lücke (Die Linke) setzt bei dem Hinweis der Eingebenden der Anregung auf Paderborn an. Er empfiehlt den Austausch mit anderen Kommunen zu dieser Herausforderung, um weitere Lösungsmöglichkeiten zu erschließen.

Frau Pankoke (SPD-Fraktion) fragt, ob es für die Verwaltung Handlungsdruck aus einer potenziell bestehenden Verpflichtung zur Schaffung von Parkraum für Einwohnerinnen und Einwohner gebe.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier antwortet, dass in diesem Fall kein Handlungsdruck für die Verwaltung bestehe. Für die Politik bestehe aufgrund der Anregung nach § 24 GO NRW die Möglichkeit, einen Beschluss im Sinne des Vorschlags von Herrn Dr. Lange zu fassen, der die Verwaltung mit einem entsprechenden Auftrag versehe.

Herr Schraub erwähnt aus seiner Erfahrung das Mittel von Höhenbeschränkungen, um große Gewerbefahrzeuge aus einem Gebiet herauszuhalten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, im Bereich der Wohnsiedlung An den Gehren innovative Lösungen zur Optimierung der Parkraumsituation zu prüfen.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Stimmen dafür: 11
Stimmen dagegen: 0
Enthaltungen: 5

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 8.2 *

-.--

Zu Punkt 8.3

Ersatz für Bäume an der Nesselstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1261/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Anregung nach § 24 GO NRW bzgl. eines Ersatzes für entnommene Bäume an der Nesselstraße.

Die Eingebende der Anregung erläutert, dass es allgemein begrüßt werde, wenn Bürgerinnen und Bürger sich für die Gemeinschaft einbringen. So haben ihr Ehemann und sie vor ein paar Jahren drei Bäume für eine Obstwiese am südlichen Ende der Nesselstraße gespendet, gepflanzt sowie in der An- und Aufwuchsphase gepflegt.

Vor ca. einem Jahr seien zwei der Bäume aufgrund der Schaffung einer Baustellenzufahrt entnommen worden. Auf Nachfrage bei der Stadt Bielefeld habe sie die Auskunft erhalten, die Bäume seien eingelagert worden und werden nach Abschluss der Baustellenarbeiten wieder zurückgepflanzt.

Dieses sei nicht der Fall gewesen und die Bäume seien laut Auskunft der Verwaltung final vernichtet worden.

Um ihr bürgerliches Engagement zu unterstützen, bitte sie die Bezirksvertretung darum, die Verwaltung zu beauftragen, eine Ersatzpflanzung für die zwei entnommenen Bäume zu erwirken.

Auch wenn es nur zwei Bäume seien, stelle jeder Baum individuell einen positiven Umweltbeitrag dar. Und wenn alle Bielefelderinnen und Bielefelder, die es sich leisten könnten, einen Baum pflanzen würden, wären die Lücken im Teutoburger Wald bald geschlossen.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bedankt sich ausdrücklich für das gezeigte bürgerliche Engagement.

Herr Bretthauer-Aue (Vorsitzender SPD-Fraktion) drückt seine Zustimmung aus, einen entsprechenden Auftrag zum Sachverhalt an die Verwaltung zu stellen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, den Sachverhalt um die entnommenen zwei Bäume auf der Obstwiese an der Nesselstraße zu prüfen und

der Bezirksvertretung zu berichten, insbesondere wie die beiden entnommenen Obstbäume ersetzt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 8.3 *

-.--

Zu Punkt 9

Rahmenplanung für die Umgestaltung des Stadtteilzentrums Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1185/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Informationsvorlage und begrüßt Herrn Leitenberger vom Bauamt zu diesem Thema.

Herr Leitenberger (Bauamt) teilt mit, dass die Informationsvorlage entstanden sei, weil das Bauamt zusammen mit dem Amt für Verkehr und dem Umweltamt die Situation rund um die Danziger Straße und Stieghorster Straße im Zentrum von Stieghorst prüfen möchte. Unter anderem gehe es darum eine Mobilstation im Bereich der Stieghorster Straße 32/34 zu bauen. Über den Gedanken der Mobilstation hinaus wolle man das nähere Umfeld des Stieghorster Zentrums bei der Planung nicht außer Acht lassen.

Unter Nutzung einer Präsentation erläutert er drei Planungsbereiche. Planungsbereich I sei der Bereich der Danziger und Stieghorster Straße, also der zukünftigen Mobilstation, Planungsbereich II das Gebiet einer südlich des Stadtteils verlaufenden Wegführung für den Rad- und Fußverkehr und Planungsbereich III das Stadtteilzentrum selbst mit dem Einzelhandels- und Dienstleistungsgewerbe. Die im Bereich I vorgesehene Mobilstation entspreche einer Station des Typs „L“. Bei dieser gehe es vorrangig um Themen wie gute Erreichbarkeit, Barrierefreiheit, hoher Aufenthaltsqualität, guter Einbindung in die infrastrukturellen Begebenheiten sowie des Angebots öffentlicher Toiletten. Dieses wolle man unter Erhaltung der Grundstrukturen, Berücksichtigung von Umwelt- und Klimagedanken, Optimierung der Wegeverbindungen und Verkehrsberuhigung schaffen.

Der Planungsbereich II solle die südlich verlaufende Wegeverbindung für Rad- und Fußverkehr betrachten, welche regelmäßig statt der Nordroute genutzt werde. Die südliche Wegeverbindung gehe dabei teilweise über Privatflächen, bei denen eine Abstimmung mit Eigentümerinnen und Eigentümern erforderlich sei. Da es um eine Zuwegung zur Mobilstation gehe, könne man beide Bereiche in einen Förderantrag hinein kombinieren, um entsprechende Mittel zu erhalten.

Der Planungsbereich III des Stadtteilzentrums sei ein Bereich, der in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts entstanden ist. Es herrsche eine verbesserbare Aufenthaltsqualität vor. Auch hier gebe es Privatflächen,

bei denen man mit Eigentümerinnen und Eigentümern ins Gespräch gehen müsse.

Aktuell sei ein Planungsbüro beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, die in der Folge mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der Bezirksvertretung abgestimmt werden sollen.

Im Juni solle es eine erste Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geben. Im September 2026 solle es einen Vorentwurf für einen Beschluss zur Mobilstation geben, auf den eine weitere Öffentlichkeitsbeteiligung erfolge, unter Berücksichtigung derer final der Beschluss zur Mobilitätsstation im Dezember 2026 gefasst werden solle. Im Januar 2027 sollen die Förderanträge für die Realisierung der Mobilstation gestellt werden.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) drückt seine Verwunderung über die Informationsvorlage aus. Er bittet darum, zu erfahren, welche Kosten für die Beauftragung des Planungsbüros entstanden seien. Zudem weist er darauf hin, dass die Bezirksvertretung Stieghorst in der Vergangenheit bereits umfassend über das Thema der Mobilstation sowie die Umfeldgestaltung debattiert habe. Man habe detailliert eruiert, wie Wegeverbindungen, wo Taxistellplätze, Carsharing-Angebote und weitere Nutzenzugewinne entstehen sollen. Er möchte wissen inwieweit die Informationen und Kriterien, die die Bezirksvertretung Stieghorst erarbeitet habe, in die Planung mit eingeflossen seien.

Zudem sei in der März Sitzung der Beschluss gefasst worden, dass die Pläne zur Mobilstation der Bezirksvertretung Stieghorst im zweiten Quartal vorgelegt werden sollten. Nun sei ein Beginn der Planung in den Sommermonaten sowie der Planungsabschluss für das Ende des Jahres vorgesehen.

Er hinterfragt die Wertigkeit der Beschlüsse sowie Kompetenzen der Bezirksvertretung in diesem Zusammenhang, die klar geregelt seien.

In der Bezirksvertretung habe man sich bewusst auf die öffentlichen Flächen konzentriert, da eine Beschlussfassung bezogen auf Privatflächen nicht möglich sei.

Bezüglich der Privatflächen weist er darauf hin, dass Planungen in diesem Zusammenhang eher langfristig ausgerichtet seien und fragt, ob es hierzu bereits Gespräche mit Eigentümerinnen und Eigentümern gebe. Auch zur Verkehrsordnung gebe es bereits Beschlüsse aus der Bezirksvertretung.

Herr Leitenberger spart die Beantwortung der Kostenfrage bezogen auf das Planungsbüro für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung auf. Die von der Bezirksvertretung Stieghorst gesetzten Parameter sollen dem Planungsbüro mitgegeben werden. Dieses gleiche er nochmal mit dem Amt für Verkehr ab. Auch den Hinweis auf die Zeitplanung nehme er mit. Allerdings können man auch bei bereits vorliegender Planung den Förderantrag erst im Januar 2027 stellen. Daher sei die zeitliche Planung so ausgerichtet, dass rechtzeitig zu Förderantragstellung alle relevanten Informationen und Unterlagen vorliegen.

Bezüglich der Privatflächen setze man auf Gespräche mit den Eigentümerinnen und Eigentümern und geeignete Lösungen. Hier sei neben der Überzeugungskraft der Verwaltung auch die der Bezirksvertretung gefragt, um das Projekt entsprechend zielorientiert und zukunftsorientiert zu unterstützen.

Herr Bretthauer-Aue (Vorsitzender SPD-Fraktion) fragt nach, wie konkret die Öffentlichkeit sowie die politischen Gremien beteiligt werden sollen.

Herr Leitenberger antwortet, dass der Austausch mit Eigentümerinnen und Eigentümern bilateral zwischen Verwaltung und ebenselbigen stattfinden solle. Betroffene Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen werde man über Bürgerinformationen sowie Onlinebeteiligungen erreichen. Die Politik werde über den Arbeitskreis Tiefbau und Verkehr eingebunden, um entsprechende Beschlüsse zu erwirken.

Herr Niemeyer (FDP) führt aus, dass die FDP der Stärkung des Stadtteilzentrums zustimme. Auch ein direkter Austausch mit der Beigeordneten Frau Koch hierzu sei sehr positiv verlaufen.

Herr Thole (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Beschlüsse der Bezirksvertretung Stieghorst für die Verwaltung zur Berücksichtigung relevant sind.

Herr Leitenberger erklärt, dass das Planungsbüro so rechtzeitig beauftragt worden sei und die Verwaltung durch ebenselbige die Umsetzung voranbringe, dass der Wunsch der Bezirksvertretung nach einer zeitnahen, detaillierten Entwurfsplanung realisiert werden könne. Die Priorität liege eindeutig auf den Flächen der Stadt Bielefeld sowie auf der Mobilstation.

Herr Schraub (VOLT) drückt seine Freude über die Entwicklung des Bereichs rund um das Stieghorster Zentrum aus. Vor dem Hintergrund der Förderantragstellung sehe auch er die Priorisierung der Mobilstation als wichtig an. Man solle den Bürgerinnen und Bürgern die Standardplanungen für Mobilstationen, speziell der Kategorie „L“ entsprechend rechtzeitig vorstellen und erläutern, damit aus der Einwohnerschaft nicht unrealistische Forderungen gestellt werden. Die Einbeziehung eines Radweges mit südlichem Verlauf um das Zentrum bewerte er als positiv, Teilstücke im Zentrum zu nutzen aber als unrealistisch, da dort Fahrradsperren vorhanden seien.

Herr Leitenberger antwortet, dass die Kategorie der Mobilstationen und deren Planungen in Bielefeld aus der Mobilitätsstrategie hervorgehen. Die Angebote einer Mobilstation „L“ werden darüber definiert. In der Rahmenplanung gehe es um die detaillierte Ausgestaltung, also bspw. die Anordnung der Angebote. Die Gesamtsituation solle über die Planung und die zugrundeliegenden Informationen für alle Beteiligten optimiert werden.

Herr Schlifter (FDP) drückt seine Freude über die Möglichkeiten aus, die der Ankauf des Grundstücks Stieghorster Straße 32 durch die Stadt Bielefeld nun biete. Er unterstützt den Gedanken, sich nicht nur auf die Mobilstation, sondern auch das direkte Umfeld mit in die Planung einzubeziehen. Es sei unerlässlich, bei der Planung der Mobilstation auch die Wegebeziehungen in die Gesamtbetrachtung mit einzubeziehen. Die Einbeziehung der politischen Gremien sei richtig und wichtig und er wünsche sich, dass dieses aus der Planung klarer herauszulesen sei. Mit Hinweis auf die Zusammenarbeit der Ämter rechne er mit einer pragmatischen Umsetzung, bei der beispielsweise Baumbestände nicht zu Verzögerungen führen, sondern Lösungen durch u.a. Ersatzpflanzungen an geeigneten Stellen eruiert werden. Eine solche Optimierungschance für den Stadtbezirk dürfe nicht verwehrt werden.

Herr Lücke (Die Linke) erklärt, dass die Betrachtung des Umfelds der Mobilstation für die Bezirksvertretung Stieghorst immer auch Bestandteil der Diskussion und Rahmenparameter gewesen sei.

Herr Dr. Lange wiederholt seinen Appell, die Politik zu beteiligen sowie die Erwartungen der Politik zu berücksichtigen. Er gehe davon aus, dass die Vorschläge und Hinweise der politischen Gremien in die Planung einfließen. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung bezogen auf dieses Thema sei groß und es werde eine zeitnahe Entwicklung erwartet.

Herr Niemeyer merkt an, dass der Marktplatz in den Planungen als elementarer Bestandteil des Stieghorster Zentrums bisher nicht berücksichtigt werde.

Herr Leitenberger nimmt die Anmerkung mit in die Fachverwaltung.

Herr Skarabis fragt nach dem Hintergrund der Berücksichtigung spezieller Stellplätze für die Bäckerei.

Herr Leitenberger antwortet, dass damit das Vorhalten allgemeiner Stellplätze für den Einzelhandel gemeint sei, es in der Darstellung nicht korrekt ausgedrückt sei.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bittet die Verwaltung erneut darum, dass die Bezirksvertretung immer zeitnah zu den relevanten Themen abgeholt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Errichtung von Holzraummodulen an Bielefelder Schulen in Anwendung des Verfahrensvorschlages auf Schulbaumaßnahmen des Bauprogrammes hier: Grundschule Sieker am Interimsstandort Pestalozzi

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0775/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Beschlussvorlage und erklärt, dass die Schule zwar nicht im Stadtbezirk Stieghorst liege, allerdings Schülerinnen und Schüler des Stadtbezirks aktuell dort, bis zur Fertigstellung der Mühlenbachschule, untergebracht sind. Daher werde die Bezirksvertretung Stieghorst in die Beschlussfassung einbezogen.

Herr Lücke (Die Linke) fragt, wie die verschiedenen Priorisierungen bzw. Umsetzungstermine für die Errichtung der Holzraummodule an Bielefelder Schulen zustande kommen.

Herr Skarabis (Bezirksamt Heepen) sagt zu, die Frage innerhalb der Verwaltung mitzunehmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt die Errichtung des zweigeschossigen Holzmodules am vorgeschlagenen Standort.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Aktuelle Straßenbaustellen 2026 - Stand 04/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0956/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Informationsvorlage.

Herr Dr. Lange (Vorsitzender CDU-Fraktion) gibt den Hinweis, dass die Meindersstraße nicht in Stieghorst liegt.

Herr Skarabis (Bezirksamt Heepen) nimmt den Hinweis zur internen Klärung mit in die Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 12.1

BC 50/2014-2020 - DSNr. ohne - Verkehrssituation und Geh- und Radweg Detmolder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: ohne

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 12.1 *

-.-.-

Zu Punkt 12.2 BC 35/2020-2025 - DSNr. ohne - Mobilitätskonzept Anton

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: ohne

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 12.2 *

-.-.-

Zu Punkt 12.3 BC 53/2020-2025 - DSNr. 5989/2020-2025 - Mülleimer an Haltestellen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5989/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 12.3 *

-.-.-

Zu Punkt 12.4 BC 91/2020-2025 - DSNr. ohne - Torbogen Jugendhaus Sieker

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: ohne

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Frau Pankoke (SPD-Fraktion) hält es für herausfordernd den Torbogen in Eigenleistung anzubringen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 12.4 *

-.-.-

Zu Punkt 12.5 BC 07/2025-2030 - DSNr. 0387/2025-2030 - Folgefinanzierung für das Taschengeldprojekt im Quartier Sieker

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0387/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 12.5 *

-.-.-

Zu Punkt 12.6 BC 08/2025-2030 - DSNr. 0388/2025-2030 - Wegeverbindung Al-lensteiner Straße / Beleuchtung Insterburger Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0388/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Stieghorst - 07.05.2026 - öffentlich - TOP 12.6 *

-.-.-

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Bernd Henrichsmeier
Bezirksbürgermeister

Claude Michel Madelenat
Schriftführung